

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 22

Artikel: Überbleibsel aus dem kalten Krieg (I). Abzug der russischen Truppen
Autor: Schlomann, F.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092804>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Überbleibsel aus dem kalten Krieg (I)

Abzug der russischen Truppen

Eines der ersten Anliegen der in den letzten Jahren von sowjetischer Herrschaft wieder frei und unabhängig gewordenen Staaten war die Forderung nach einem Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen, schränkt deren Gegenwart doch die vollständige Souveränität ein und stellt zudem eine Bedrohung der Sicherheit des jeweiligen Landes dar. Zugleich mindert diese Präsenz das Interesse ausländischer Investoren. In dieser und den folgenden Nummern von «zeitbild» publizieren wir in leicht gekürzter Form eine Serie von F. W. Schlomann über die betroffenen Länder, die er für die «Deutsche Welle» verfasst hat.

Das Recht der UdSSR, Truppen in der ČSSR zu stationieren, ergab sich aus dem Vertrag, den Premierminister Černík und der Vorsitzende des sowjetischen Ministerrats, Kossygin, am 16. Oktober 1968 in Prag abschlossen. Als Grund wurde anfangs die «Bedrohung» von «konterrevolutionären Kräften» genannt, später waren es die «revanchistischen Ambitionen militaristischer Kräfte Westdeutschlands». Diese Zentrale Gruppe der sowjetischen Streitkräfte bestand in der ČSSR Anfang der achtziger Jahre aus 83 000 Offizieren und Mannschaften. Im Februar 1990 waren es noch 73 500 Soldaten (rund 4500 gehörten zur Luftwaffe), die unter anderem mit 1220 Panzern, 173 Helikoptern und 94 824 Tonnen Munition ausgestattet waren.

Ausserdem waren die Truppen mit 39 SS-12-Raketen ausgerüstet, deren Stationierung auf einen Geheimvertrag von 1986 zwischen Moskau und Prag zurückging.

Am 26. Februar 1990 wurde in Prag ein Vertrag abgeschlossen, der den Abzug der Sowjettruppen in der Slowakei bis Mitte Dezember 1990 und in Tschechien bis zum 30. Juni 1991 vorsah. Tatsächlich wurden bis zum 25. Juni 1991 die restlichen 19 000 Soldaten mit 153 Panzern zurückgezogen. Laut zahlreichen Berichten waren hierüber viele Offiziere keineswegs erfreut, hatten sie hier doch höhere Löhne und bessere Wohnungen als in ihrer Heimat, und auch die Konsumgüter waren hier von besserer Qualität.

Nicht nur in einem Fall versuchten sie, ihre Kinder mit Tschechen oder Slowaken zu verheiraten, um so deren Aufenthalt im Land auch für die Zukunft zu sichern. Sie boten dafür bis zu 120 000 Kronen, den Wert von mehr als 34 durchschnittlichen Monatslöhnen. Recht oft verkauften die Soldaten ihre Waffen — bis zum Maschinengewehr; auf sowjetischer Seite wurde dies zunächst abgestritten, nach weiteren fünf Monaten jedoch eingestanden. In unbekannt gebliebener Anzahl kam es zum Desertieren von Soldaten; zumindest bis Anfang 1990 wurden sie den Sowjetbehörden überstellt.

Am 26. Februar 1990 wurde in Prag ein Vertrag abgeschlossen, der den Abzug der Sowjettruppen in der Slowakei bis Mitte Dezember 1990 und in Tschechien bis zum 30. Juni 1991 vorsah.

Erst im März 1990 jedoch konnte zwischen Ungarn und der Sowjetunion ein entsprechender Vertrag abgeschlossen werden.

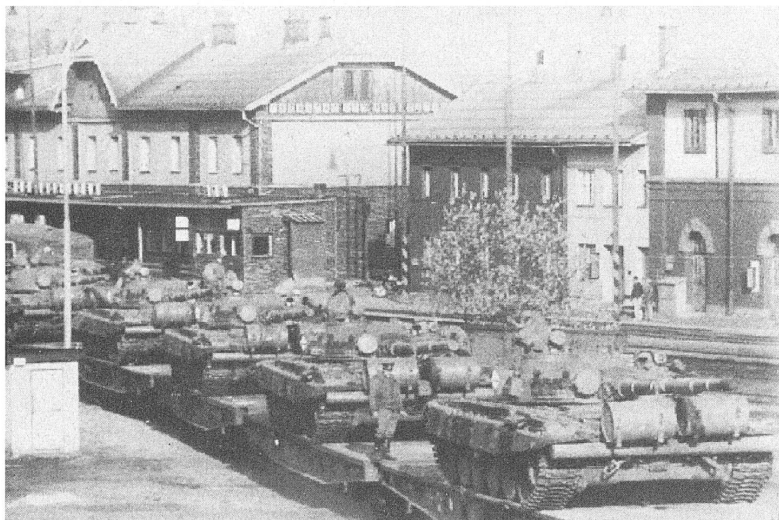
Am 25. Juni 1991 — fünf Tage vor dem vereinbarten Abzugstermin — unterzeichneten beide Seiten ein Protokoll über den Abzug. Und einen Tag danach verliess — nach 23 Jahren der damaligen Besetzung — der letzte Soldat die tschechische Republik.

Die Höhe der von den russischen Truppen verursachten Umweltschäden schätzte man anfangs auf 2 bis 3 Milliarden Kronen, später auf 3,5 Milliarden. In einigen Gebieten sind diese jedoch so gross, dass der tschechische Premier meinte, es sei so, «als ob die Sowjetstreitkräfte uns die chemische Kriegsführung erklärt hätten». Die Moskauer Seite lehnte eine Verrechnung nicht ab, forderte aber für die von ihren Militäreinheiten zurückgelassenen Häuser und Infrastrukturen 4 bis 5 Milliarden Kronen. Eine Einigung über die Beträge und die Form der Verrechnung konnte nicht erzielt werden. Im August 1993 verweigerte Präsident Jelzin alle Schadenersatzansprüche für die Invasion: Moskau sei lediglich bereit, die seit der Auflösung der UdSSR entstandenen Schäden zu begleichen; Das heutige Russland sei für die Folgen der Vergangenheit nicht verantwortlich.

Ungarn

Im Herbst 1944 besetzten sowjetische Armeen auch Ungarn. Der Friedensvertrag (Paris 1947) räumte Moskau das Recht zur weiteren Stationierung einiger Truppen ein, um die Nachschubwege zu seinen Besatzungstruppen in Österreich zu sichern. Am 14. Mai 1955 — einen Tag nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags der UdSSR mit Wien — bildete sich der Warschauer Pakt, welcher ihre auch künftige Anwesenheit legitimierte.

Während des Volksaufstandes 1956 erklärte Imre Nagy den Austritt seines Staates aus jenem Pakt, doch wurde er gestürzt; und im Mai 1957 unterzeichnete Kadar einen Vertrag über die weitere «zeitweilige Stationierung» von Sowjeteinheiten. Seit 1985 hatte Ungarn zwar wiederholt deren Rückzug verlangt — indes ohne Erfolg. Anfang 1989 befanden sich etwa 62 000 Soldaten dieser Südgruppe der sowjetischen Streitkräfte



Abzug sowjetischer Truppen aus der damaligen Tschechoslowakei (Foto: Keystone).

auf ungarischem Territorium. Im Herbst des gleichen Jahres forderte die kommunistische Reformregierung in Budapest deren Abzug bis Ende 1991.

Erst im März 1990 jedoch konnte zwischen Ungarn und der Sowjetunion ein entsprechender Vertrag abgeschlossen werden, der den Rückzug bis zum 30. Juni 1991 vorsah. Tatsächlich verliess der letzte Sowjetsoldat bereits am 19. Juni das Land. Offiziell hiess es, kein Armeeangehöriger hätte in Ungarn um Asyl nachgesucht. Ob das zutrifft oder auch für russische Zivilangestellte gilt, ist umstritten.

Bei der finanziellen Regelung des Komplexes verlangten die sowjetischen Unterhändler eine Entschädigung für jedes während der Besatzungszeit errichtete Gebäude in Höhe von 48,2 Milliarden Forint. Ungarn seinerseits verweigerte die Zahlung von 27 Milliarden Forint für Häuser, die inzwischen unbrauchbar geworden seien. Einen Tag vor dem vollständigen Abzug erhöhte Moskau diesen Betrag auf 100 Milliarden Forint und war seinerseits nur bereit zur Zahlung von 2 Milliarden Forint der von Budapest für Umweltschäden insgesamt geforderten 60 bis 66 Milliarden.

Nach dem Abzug der Einheiten bezifferte ein ungarisches Parlamentskomitee den von den Sowjettruppen hervorgerufenen Schaden auf knapp 100 Milliarden Forint. Konservative Kreise Moskaus drohten fünf Tage später, ihr Land könne mit den Schäden aufrechnen, welche die ungarische Armee während des Zweiten Weltkriegs in Sowjetrussland verursacht hätte. Man könne sich im übrigen durchaus vorstellen, dass Budapest die russischen Soldaten eines Tages zur Rückkehr nach Ungarn bitten werde — vielleicht schon wegen der grossen Macht Deutschlands.

Bis zum heutigen Tag sind diese Fragen im Zusammenhang mit dem Truppenabzug ungelöst geblieben. Ebenso weigert sich Budapest, mit dem Kreml neue Verträge zu unterzeichnen. Moskau verlangt von ihnen spezifische Sicherheitsgarantien, die Ungarns nationale Souveränität einschränken würden.

Rumänien

Während des Zweiten Weltkriegs annektierte die Sowjetunion Bessarabien; die Insel Serpent im Schwarzen Meer blieb jedoch bei Rumänien. Der Friedensvertrag von Paris 1947 bestätigte die bestehende sowjetisch-rumänische Grenze. Ein Jahr später aber setzte ein Protokoll neue Grenzen der Territorialgewässer fest, wodurch Serpent an die Sowjetunion fiel. Seit April 1991 fordert Bukarest diesen Kriegshafen der sowje-

Neben der ebenfalls offenen Frage Bessarabiens besteht ein Territorialproblem mit der Ukraine.

tischen Marine zurück. Damals — als der neue rumänisch-sowjetische Freundschaftsvertrag unterzeichnet wurde — schien in Moskau auch eine wohlwollende Betrachtungsweise zu herrschen. Da aber selbst die Rückgabe jener kleinen Insel vielleicht als Eingeständnis der Sowjetunion ausgelegt werden könnte, während und nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte territoriale Veränderungen seien nicht unveränderlich, wurde sie bis heute verweigert.

Neben der ebenfalls offenen Frage Bessarabiens besteht ein Territorialproblem mit der Ukraine, das natürlich auch den militärischen Rückzug der dortigen Truppen einschliesst: die nördliche Bukowina. Es geht auf den Ribbentrop-Molotow-Pakt zurück, den die Ukraine zwar nicht mitunterzeichnete, aus dem sie indes territoriale Gewinne zog. Zwar läuft das rumänische Nationalwesen in dieser Region Gefahr, nach und nach ausgelöscht zu werden, jedoch schien es der rumänischen Parlamentsdelegation bei ihrem Kiew-Besuch im April 1993 «nicht klug zu sein, dieses Thema jetzt anzusprechen. Dies um so mehr, als das gegenwärtige internationale Umfeld derartige Ansprüche nicht ermutigt.» Daraus aber einen Verzicht herleiten zu wollen, erscheint verfrüht.

Polen

Sowjetische Armeen besetzten 1944/45 auch Polen. Der Vertrag zwischen Moskau und Warschau vom 17. Dezember 1956 setzte die Zahl der im Lande stationierten Truppen auf bis zu 66 000 fest und stattete sie mit beachtlichen Privilegien aus. Im Herbst 1989 erhoben sich in Polen die ersten Stimmen nach einem Abzug dieser Gruppe Nord der Sowjetarmee. Doch als Lech Wałesa im Januar 1990 diese Forderung gegenüber der Moskauer Botschaft stellte, fiel ihm die eigene, von Solidarnosc beherrschte Regierung in den Rücken. Am 7. September 1990 dann bat dieselbe Regierung die UdSSR um entsprechende Verhandlungen.

Im Januar 1991 kam es allerdings zu einer Krise, als die sowjetische Seite Warschau beschuldigte, ihre Soldaten «als Besetzer und internationale Verbrecher vorzuführen und sie wie Kriegsgefangene aus ihrem Territorium herausbringen» zu wollen. Dennoch erklärte Moskau sich am 26. Oktober 1991 zum Rückzug der Kampftruppen bereit.

Zu der Zeit waren angeblich noch 52 000 Sowjetsoldaten mit 590 Panzern, 300 grösseren Geschützen und 201 Kampfflugzeugen im Lande. Ausserdem erkannte die russische Regierung am 24. Januar 1992 alle im Zusammenhang mit den Truppen in Polen entstandenen

Verbindlichkeiten der Sowjetunion an. Hingegen wurde den Polen jegliche Inspektion der Kasernen verboten, um sie über die Anzahl der stationierten Soldaten im unklaren zu lassen, obwohl der Warschauer Vertrag sowie spätere Ergänzungen zu ihm eine Unterrichtung vorsahen.

Die Beseitigung der verursachten Umweltschäden dürfte nach Mitteilung des polnischen Umweltministeriums umgerechnet über 1,5 Milliarden Franken kosten. Danach ist in mehreren nordpolnischen Städten sogar die Trinkwasserversorgung gefährdet. Dennoch schlug Warschau bald einen gegenseitigen Verzicht auf finanzielle Forderungen vor. Auf die Weigerung der sowjetischen Verhandlungsführer, die Umweltschäden anzuerkennen, drohte es mit dem Entzug von Elektrizität und Lebensmitteln für die Kasernen, worauf Moskau eine Rechnung für Polens Befreiung durch die Rote Armee 1944/45 in Aussicht stellte. Am 22. Mai 1992 akzeptierte Russland — nach einem Gespräch zwischen Jelzin und Wałesa — jene «Null-Lösung».

Nach polnischen Angaben befanden sich im April 1993 noch rund 4000 russische Soldaten mit 5000 Familienangehörigen im Lande, drei Monate später wurde die Zahl auf 1500 bzw. 3000 geschätzt. Anfang August kam es erneut zu Spannungen, als die russische Seite eine Militärmission aus 30 Offizieren bilden wollte, während die polnische Regierung deren Unterbringung in der russischen Botschaft an der Weichsel verlangte. Diese protestierte gegen eine solche «übermässige Militarisierung» ihrer diplomatischen Vertretung.

Beim Besuch Jelzins in Warschau am 25. August 1993 kam es dann zu der Einigung, die russischen Armee-Einheiten bereits bis zum 1. Oktober 1993 abzuziehen. In der gemeinsamen russisch-polnischen Deklaration vom gleichen Tag stellten beide Präsidenten fest, «dass für das Problem der gegenseitigen Verschuldung noch eine Regelung fehlt»; hierfür solle so rasch wie möglich eine abschliessende Lösung gefunden werden. Laut ADN («Allg. Deutscher Nachrichtendienst; Anm. d. Red.») wollen beide Seiten zwar eine «Null-Lösung», doch gebe es hinsichtlich der Höhe und des Verrechnungszeitraums «grosse Differenzen». Vereinbart wurde, dass eine Gruppe von 24 russischen Soldaten in Polen verbleiben darf. Sie soll ganz offensichtlich für den Transitverkehr der Einheiten aus Deutschland zuständig sein. Am 16. September verliessen die letzten Streitkräfte das Land, fast auf den Tag genau 54 Jahre nach dem militärischen Überfall der UdSSR auf Ostpolen am 17. September 1939. ■

(Fortsetzung folgt)

Die Beseitigung der verursachten Umweltschäden dürfte nach Mitteilung des polnischen Umweltministeriums umgerechnet über 1,5 Milliarden Franken kosten.